



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL**
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Transparency International – Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44
D – 10119 Berlin

Sylvia Schenk
Vorsitzende
geschäftlich
Alte Schönhauser Str. 44
D- 10119 Berlin
Tel.: (+49) (030) 54 98 98 0
Fax: (+49) (030) 54 98 98 22
e-mail: sschenk@transparency.de

Berlin, den 15.08.2008

Mitgliederversammlung von Transparency International Deutschland e.V.

**am Samstag, den 28. Juni 2008, von 13.00 bis 17.00 Uhr,
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin**

- Protokoll -

An der Mitgliederversammlung von Transparency International Deutschland e.V. (kurz: Transparency Deutschland) nehmen 64 Mitglieder, darunter die 12 Vorstandsmitglieder, und 6 Gäste teil.

Weitere 2 Mitglieder lassen sich nach § 13 Abs. 1 der Satzung zur Ausübung ihres Stimmrechts durch anwesende Mitglieder vertreten.

1. Begrüßung und Eröffnung

Sylvia Schenk eröffnet und leitet als Vorsitzende von Transparency Deutschland die Versammlung. Sie begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste und gibt ihrer Freude Ausdruck, dass auch ohne Wahlen so viele Mitglieder erschienen sind. Sie bittet den Gründer von Transparency International, Peter Eigen, aus Anlass des 15-jährigen Jubiläums um ein Grußwort.

Peter Eigen berichtet von der parallel tagenden Vorstandssitzung von Transparency International und den Glückwünschen, die Außenminister Steinmeier persönlich der Organisation zum 15-jährigen Bestehen im Rahmen der Vorstandssitzung übermittelt hat. Er bringt seine Freude über die außerordentliche Stärke des deutschen Chapter innerhalb der internationalen Bewegung zum Ausdruck.

2. Annahme der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

3. Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20.2007 wird einstimmig angenommen.

4. Vortrag durch StA Marcus Rogge, Referent im Referat „Strafrechtliche Bekämpfung der Wirtschafts-, Computer-, Korruptions- und Umweltkriminalität“, Bundesministerium der Justiz

Herr Rogge stellt in einem durch eine Powerpointpräsentation unterstützten Vortrag die Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich der strafrechtlichen Korruptionsbekämpfung vor.

Shirley van Buiren stellt dar, dass die britische Regierung sich im Falle BAE Systems unter Berufung auf Sicherheitsgründe nicht an die OECD-Konvention gehalten habe, und fragt, ob und wie die deutsche Regierung darauf reagieren könne. Herr Rogge antwortet, dass er dazu nichts sagen könne, aber davon ausgehe, dass dies auf höherer Ebene besprochen würde. Die OECD-Arbeitsgruppe könne darüber hinaus Aktivitäten entwickeln, wie beispielsweise Schreiben an das zuständige Ministerium. Auf die weitere Frage von Shirley van Buiren, welche Rolle das Bundesministerium für Justiz bei der Förderung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen spielen könne, sagt Herr Rogge, dass hinsichtlich der OECD-Leitsätze das Bundeswirtschaftsministerium federführend sei. Theoretisch sei es möglich, dass die OECD-Leitsätze einmal Gesetzeskraft erlangen könnten.

Gabriele Bojunga fragt, wie die Bundesregierung mit dem Bereich der niedergelassenen Ärzte umzugehen gedenke, die nicht Amtsträger seien bzw. soweit sie nicht als Amtsträger handelten. Herr Rogge verweist darauf, dass angesichts der Privatisierung im Gesundheitssektor die Frage eher lauten müsse, wie Delikte in diesem Bereich mit Hilfe des §299 StGB verfolgt werden könnten. U.a. die Staatsanwaltschaft München sammle hier momentan noch Erfahrungen.

Anna Albers spricht sich dafür aus, die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften abzuschaffen. Herr Rogge bittet um Verständnis, dass er dazu nichts sagen könne, was aber Transparency nicht abhalten müsse, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Hinsichtlich verschiedener konkreter Fragen von Sebastian Wolf zu den Konventionen berichtet Herr Rogge, dass es im Zusammenhang mit der UN-Konvention gegen Korruption nicht vorgeschrieben sei, Bestimmungen hinsichtlich „trading in influence“ in das nationale Recht zu übernehmen. Aus dem Alltag könne er berichten, dass es auch praktisch wenig Relevanz entwickeln würde. Weiterhin gebe es aktuell keine Bestrebungen des Bundesministeriums der Justiz, sich auf europäischer Ebene für eine Richtlinie im Antikorruptionsbereich einzusetzen. Schließlich sei eine Prüfung sowohl von der Arbeitsgruppe von GRECO (im Rahmen der Phase-3-Prüfung) als auch von der zuständigen OECD-Arbeitsgruppe gegen Bestechung im kommenden Jahr möglich.

Alexander Ghazvinian fragt, inwieweit darüber nachgedacht würde, FCPA und europäische Regelungen zu synchronisieren. Herrn Rogge ist dazu nichts bekannt.

5. Bericht der Vorsitzenden Sylvia Schenk

Sylvia Schenk beginnt ihren Bericht mit der Entschuldigung, dass der Jahresbericht 2007 den Mitgliedern nicht vor der Mitgliederversammlung zugeleitet wurde; das solle in Zukunft geschehen. Immerhin werde fortlaufend über Newsletter und Scheinwerfer über die Arbeit des Vereins berichtet. Der Jahresbericht liege in der Mitgliederversammlung aus, allerdings wegen eines formalen Fehlers nur als Vorabexemplar; die korrigierte Fassung werde in Kürze vorgelegt. Der Jahresbericht sei gegenüber seinen Vorgängern insofern verändert, als jetzt einem relativ kurzen Vorstandsbericht Einzelberichte über die Arbeit der Arbeitsgruppen, Regionalgruppen sowie des Beirats und einer Runde von Energie-Experten hinzugefügt seien. Sinn dieser Neuerung sei es u.a., die jeweils verantwortlichen Personen als Mitglieder des Führungskreises von Transparency Deutschland sichtbar zu machen. Sylvia Schenk dankt allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Die Zusammenarbeit in Transparency Deutschland sei auch deshalb so gedeihlich und mache Freude, weil nicht der kleinste gemeinsame Nenner gesucht werde, sondern man sich interdisziplinär gegenseitig inspiriere. Sylvia Schenk dankt allen Ehrenamtlichen für deren engagierte Mitarbeit im vergangenen Jahr.

Das Jahr 2007 sei weitgehend durch den früheren Vorstand unter Hansjörg Elshorst geprägt gewesen, der noch bis Ende Oktober im Amt war. Sylvia Schenk dankt dem früheren Vorstand noch einmal für seine erfolgreiche Arbeit.

Die öffentliche Situation im Jahre 2007 war durch große Skandale (Siemens, VW) gekennzeichnet, die Themen wie Korruption, Corporate Social Responsibility, Compliance zur Hochkonjunktur verhalfen. Sylvia Schenk zeigt sich überzeugt, dass diese Thematik keine vorübergehende Modeerscheinung sei, sondern sich in einer nachhaltigen Entwicklung befinde: Vor allem in den letzten zehn Jahren sei eine Reihe von relevanten Gesetzen verabschiedet worden, nicht zuletzt auch aufgrund von Bemühungen von Transparency. Die Ansprüche der Öffentlichkeit an das Verhalten der wirtschaftlichen und politischen Eliten nähmen deutlich zu, was sich u.a. an vermehrten journalistischen Bemühungen und einem starken Ansteigen von Ermittlungsverfahren zeige. Aufgabe von Transparency sei es, diesen Prozess am Laufen zu halten. Dabei würde sich das potentielle Themenfeld sowohl quantitativ wie qualitativ erweitern.

In den vergangenen Monaten sei unter der Leitung von Karenina Schröder eine Strategiediskussion begonnen worden, um den Standort in einem veränderten Umfeld und die zukünftigen Aufgaben zu bestimmen, auch vor dem Hintergrund, dass Transparency eine wachsende Organisation sei. Die bisherige Diskussion ergab, dass der Fokus nach wie vor die Korruption sein solle, dass aber aus diesem Fokus heraus auch die Debatte über Moral, Ethik und Zivilcourage in der Gesellschaft mitgestaltet werden müsse. Der Verein solle Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen, diese Arbeit werde aber etwas zurücktreten gegenüber einem stärkeren Monitoring der Umsetzung und dem Aufzeigen konkreter Wege aus der Korruption. Hinsichtlich der Arbeitsweise von Transparency ergab die Strategiediskussion, dass Transparency Deutschland nach wie vor keine Recherche im Einzelfall betreiben solle. Sylvia Schenk betont, dass ein Skandal zwar ein Skandal genannt werden müsse, dies aber auf sicherer Faktenlage und differenziert zugespitzt. Die Reputation dürfe nicht verspielt werden, indem man sich z.B. von Journalisten zu heiklen Aussagen verlocken ließe. Das Konzept der „Koalition“ diene der Stärkung der Demokratie. Es gehe darum, nicht alles als schlecht zu verurteilen, sondern Wege zur Veränderung zu finden. „Koalition“ müsse für Transparency

bedeuten, immer zum Gespräch bereit zu sein, aber eine klare Linie zu halten, ggfs. auch Druck zur Veränderung aufzubauen und sich keinesfalls vereinnahmen zu lassen. Das sei oft eine Gratwanderung; zur Illustration führt Sylvia Schenk die Fälle Ratiopharm und Siemens an. Gegen Ratiopharm habe Transparency in 2006 Beschwerde im Rahmen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen erhoben. Wichtig sei es zugleich, Gespräche nicht zu verweigern. Ratiopharm sei vorrangig ein Kommunikationsproblem gewesen, was zeige, das man immer wieder daran arbeiten müsse. Zu keinem Zeitpunkt habe Transparency sich vereinnahmen lassen. Zum Fall Siemens merkt Sylvia Schenk an, dass die Firma auf der Liste der attraktiven Arbeitgeber abgerutscht sei; das werde dort intern als großes Problem wahrgenommen. Es zeige, dass die jungen Menschen zwar karrierebewusst, aber auch an Werten orientiert seien. Auch mit Siemens habe es durch Michael Wiehen und Sylvia Schenk am Anfang des Jahres ein Gespräch gegeben.

Sylvia Schenk bezeichnet es als großen Durchbruch, dass die G8-Staaten sich im Schlussdokument von Heiligendamm zur Förderung der Korruptionsbekämpfung verpflichtet haben. Das sei auch ein Erfolg einer umfassenden Lobbyarbeit von Transparency gewesen. Der Kampf gegen die Korruption sei zugleich ein Kampf gegen Terrorismus, Armut und Umweltschäden. Umso ärgerlicher sei es, dass die UN-Konvention gegen Korruption von Deutschland noch nicht ratifiziert worden sei. Die Ratifizierung wäre ein wichtiges Zeichen gegen die Politikverdrossenheit und für die Stärkung der Demokratie. Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung in Deutschland stärker als in anderen Ländern pessimistisch gegenüber dem Kampf gegen Korruption sei.

Sylvia Schenk dankt dem Vorstand und dem Führungskreis. Weiterhin dankt sie der Geschäftsstelle für ihre effektive, „tolle“ Arbeit, die sie trotz eines weitgehenden Personalwechsels geleistet habe. Auch die Arbeit der Praktikanten habe sich gerade wegen ihres turnusgemäßen Wechsels als sehr fruchtbar erwiesen.

Sylvia Schenk schließt ihren Bericht mit zwei Zitaten, die man auf Transparency anwenden könne: Vor mehr als vierzig Jahren habe Martin Luther King gesagt: „I have a dream“. Jetzt sage Barack Obama: „Yes we can do“.

Zum Abschluss weist Sylvia Schenk auf den gerade erschienenen „Global Corruption Report 2008: Corruption in the water sector“ hin. Gabriele C. Klug stehe für Fragen und auch als Referentin zur Verfügung.

6. Bericht über das Geschäftsjahr 2007

Hedda von Wedel weist auf den ausliegenden Jahresbericht 2007 und den mit der Einladung verschickten Jahresabschluss hin und gibt zu letzterem einige Erläuterungen. Bei den Erträgen hebt sie den erfreulich steigenden Anteil der Beiträge der Einzelmitglieder hervor. Dies sei auf die Vermehrung der Mitgliederzahl zurückzuführen. Eine Beitragserhöhung sei nicht beschlossen worden, dafür aber eine Einladung an die Einzelmitglieder zu Spenden über den Mitgliedsbeitrag hinaus. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft habe dem Jahresabschluss 2007 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

7. Diskussion der Berichterstattung

Gabriele Bojunga mahnt eine Verbesserung der Kommunikation innerhalb von Transparency Deutschland an und bezieht sich dabei auf den Fall Ratiopharm. Sie und andere Mitglieder der von ihr geleiteten AG Gesundheit seien verschiedentlich mit dem Thema Ratiopharm befasst gewesen, sie habe auch erwogen, Arne Schäffler bei einem Besuch der Firma zu begleiten, wovon ihr aber abgeraten worden sei. Sie sei dann sehr erstaunt gewesen, in der „Wirtschaftswoche“ Details über ein Gespräch von Peter Eigen und Peter Schönhöfer mit Ratiopharm zu lesen, von denen sie nichts gewusst hätte.

Anna Albers sieht hinter den Artikeln der Wirtschaftswoche die Absicht einer gezielten Beschädigung von Gesine Schwan aus politischen Gründen. Die Presse habe das Thema aber nicht weiter verfolgt. Diese Stellungnahme wird durch Äußerungen von mehreren anderen Mitgliedern kommentiert und ergänzt.

Angela Spelsberg macht geltend, dass im Januar in der AG Gesundheit ausführlich über das Thema Ratiopharm gesprochen worden wäre.

Hansjörg Elshorst hält es für wichtig, „saubere“ Leute – auch im internationalen Kontext – zu stärken. Transparency Deutschland müsse in der Öffentlichkeit noch mehr die Korruption als gesellschaftliches Problem herausstellen, aber gleichzeitig deutlich machen, dass die Situation nicht hoffnungslos sei.

Peter Eigen geht auf die Fragen von Koalitionen und korporativen Mitgliedern ein. Die korporativen Mitglieder seien als Vorbilder, „Leuchttürme“ im Kampf gegen die Korruption gedacht. Der Fall Siemens sei keinesfalls als Bankrott unserer Koalitionspolitik zu sehen. Nur durch die Unterstützung von Siemens sei im Jahre 1997 die Bundesregierung für die OECD-Konvention gewonnen worden. Siemens habe jetzt ein Problem, das sei aber nicht das Problem von Transparency. Peter Eigen betont, dass Transparency überall dort durch die Zusammenarbeit mit anderen viel ausrichten kann, wo es noch keine verbindlichen Regeln gibt. Zu Ratiopharm führt er aus, dass er anfänglich die Hoffnung gehabt habe, dass dort ernsthaft ein Neubeginn versucht werde und er eine positive Entwicklung in der Firma und der Branche unterstützen könne. Inzwischen hätte sich die Angelegenheit als Luftblase herausgestellt. Die Vorträge seiner Ehefrau Gesine Schwan im Rahmen der Aktion „World in Balance“ seien von dieser Sache völlig unabhängig gewesen.

Anke Martiny berichtet aus eigenen Erfahrungen, es gehöre zur Taktik mächtiger Akteure, wie bspw. Pharmaunternehmen, den Gegner unglaubwürdig zu machen, wenn sie ihre Interessen bedroht sähen. Nachdem man nach Erscheinen des Gesundheitsberichtes von Transparency zunächst erfolglos versucht habe, ihn totzuschweigen, habe man dann angebliche Diskrepanzen zwischen ihren Interviewäußerungen und anderen Aussagen von Transparency herausgestellt und schließlich geringfügige Fehler in der Faktendarstellung einer Presseerklärung angeprangert.

Shirley van Buijen wirft die Frage auf, inwieweit Transparency Koalitionen nützen. Andere NGOs würden sie fragen, warum Transparency korporative Mitglieder habe und welchen Einfluss Transparency z.B. auf Siemens oder Daimler hätte. Sie wolle wissen, was man darauf antworten solle.

Peter von Blomberg führt dazu aus, dass es immer wieder Diskussionen um das Institut der korporativen Mitgliedschaft gegeben habe. Die korporativen Mitglieder seien Koalitionspartner, die nach außen deutlich machen würden, dass sie sich

gegen Korruption stellen und Vorbild sein wollen. Aufgrund der Erfahrungen würden zur Zeit die Aufnahmebedingungen bzw. Selbstverpflichtung präzisiert und verschärft. Eine laufende Kontrolle der Einhaltung der Bedingungen sei aber nicht möglich. Die Beziehung erfordere also Vertrauen, das natürlich auch enttäuscht werden könne – wie im Falle Siemens. Aber sollte Transparency deshalb das Modell der korporativen Mitgliedschaft beenden? Der Vorstand habe diese Frage dezidiert verneint. Transparency sei aufgegeben, im intensiven Dialog mit den Mitgliedern zu bleiben. Trotzdem bleibe eine Unsicherheit, mit der man leben müsse. Bei Daimler sei nach einer Unterbrechung die volle Mitgliedschaft wiederhergestellt worden, weil die Firma große Anstrengungen unternommen, die Fehler erkannt und neue Strukturen geschaffen habe. Auch Siemens habe versucht, die Beendigung der Mitgliedschaft zu vermeiden und man habe sie zum Austritt drängen müssen.

Shirley van Buiren wiederholt ihre Frage, welchen Nutzen die korporativen Mitgliedschaften bringen. Karenina Schröder antwortet, dass es ohne Siemens die deutsche Zustimmung zur OECD-Konvention wohl nicht gegeben hätte. Die korporativen Mitglieder könnten „Change Agents“ und Vorreiter sein. Wolfgang Stubenrauch ergänzt, dass wir den Dialog mit ihnen brauchen, um Know-how zu erhalten und praxisgerechte Instrumente für die Korruptionsbekämpfung zu entwickeln.

Lothar Hermes ist der Ansicht, dass zwar Korruption in der Wirtschaft, nicht aber die Korruption im politischen Bereich ausreichend diskutiert und verfolgt werde. Staatsanwälte und Gerichte hätten die Definitionsmacht und würden vieles Bedenkliche nicht als Korruption definieren. Er berichtet dazu über eigene Erfahrungen in Sachsen.

Anna Albers hält es für problematisch, dass bei den Gerichten vielfach Deals geschlossen und die Verfahren eingestellt werden. Ein Grund dafür sei Personalmangel bei den Staatsanwaltschaften. Peter Fries widerspricht dieser Darstellung.

Hadmut Danisch fragt, was man als Mitglied von Transparency tun solle, wenn man von Fehlverhalten eines korporativen Mitglieds erfahre. Sylvia Schenk empfiehlt, den Vorstand zu informieren, der dann das weitere Vorgehen abwägen würde, z. B. ob man das korporative Mitglied direkt ansprechen solle. Hadmut Danisch sagt weiter, dass nach seiner Kenntnis in zahlreichen Fällen wirtschaftlicher Korruption die Staatsanwaltschaft untätig bleibe.

Uwe Henrich hält bei der Arbeit von Transparency Mut und Zivilcourage für wichtig. Das gelte auch für die Frage der korporativen Mitglieder. Dieses Gebiet sei ein Balanceakt, den Transparency Deutschland aber bisher gut gemeistert habe.

Jürgen Marten hat ein Problem mit der bisherigen Diskussion. Er meint, dass man sich nicht mit der Frage „korporative Mitglieder ja oder nein?“ beschäftigen, sondern mehr Mitglieder gewinnen solle. Die Wirtschaft sei nicht grundsätzlich korruptiv, sondern ja auch selbst Opfer. Deshalb hält er Koalitionen für wichtig. Sylvia Schenk ergänzt, der Vorstand sei sich einig, dass man mehr Kommunen als Mitglieder gewinnen wolle. Die Kommunen seien für die Bürger die erste politische Instanz.

Rainer Dombois spricht die Regionalisierung der Neumitgliederseminare an und fragt, ob dadurch die zentralen Seminare ersetzt werden sollen. Außerdem würde er gern wissen, was im Bereich Capacity Building angesichts des Wachstums der Organisation geplant sei. Sylvia Schenk erläutert, dass man hier im Anfangsstadium sei, nächste Woche würde ein erstes Einführungsseminar in Berlin stattfinden, ein

zweites dann in Frankfurt am Main. Die Seminare würden durch die Regionalgruppen organisiert, seien aber für alle offen. In Zukunft könne man die Ankündigung der Seminare noch breiter streuen. Ricarda Bauch ergänzt, dass auch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Einführungsseminare geplant seien. Im vergangenen Jahr wäre ein Capacity Building Konzept erarbeitet worden, das sich aus drei Bausteinen zusammensetze: Einführungsseminar, Aktiventraining, Führungskreistraining. Man sei bemüht, diese Bausteine alle erstmalig in 2008 umzusetzen.

Constanze Berendts fragt, ob und warum im Budget der Posten „Capacity Building“ in 2009 weggefallen sei. Christian Humborg erläutert, dass der Posten keineswegs wegfallen würde, sondern dass man sich von der Darstellung des Haushaltsplans 2008, wo es ein Nebeneinander von Kostenarten und Kostenstellen gab, verabschiedet habe. Die Haushaltsplanung 2009 sei wieder einheitlich nach Kostenarten erstellt.

8. Entlastung des Vorstandes für 2007

Ameli Lüders übernimmt für diesen Punkt die Versammlungsleitung. Auf Antrag von Michael H. Wiehen wird der Vorstand (der alte Vorstand für den Zeitraum bis 10/2007, der neue für den Rest des Jahres) für 2007 mit überwältigender Mehrheit bei Enthaltung des Vorstandes entlastet.

9. Antrag auf Änderung von §13 der Satzung

Jürgen Marten begründet den Antrag mit rechtlichen Erfordernissen, die sich durch ein Gerichtsurteil ergeben hätten. Danach ist §13, Absatz 1, der Satzung zu ändern und wie folgt neu zu fassen: „In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Korporative Mitglieder üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Organe oder durch einen von ihrem gesetzlichen Organ bevollmächtigten Vertreter aus; die Bevollmächtigung ist dem Verein anzuzeigen. Fördernde Mitglieder sind nicht stimmberechtigt. [usw.]“ Der Antrag wird ohne Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen. Damit ist die zur Satzungsänderung erforderliche 2/3-Mehrheit erfüllt.

10. Beschlüsse/Abstimmungen

a) Genehmigung des Haushaltsplanes für 2009

Hedda von Wedel erläutert, dass die Zahlen von 2007 und 2008 nur bedingt vergleichbar seien, da die Geschäftsstelle um eine Person erweitert wurde. Das Ist 2008 liege bisher im Plan, mit Ausnahme der Bußgelder (bisher erst 1.000 Euro, aber man hoffe auf eine in erster Instanz ausgeurteilte Zuweisung aus einem Prozess). Der Haushaltsplan 2009 sei vorausschauend aufgestellt worden. Es seien Aktivitäten zur Erhöhung der Bußgelder geplant. Der Haushaltsplan 2008 enthalte einen Rechenfehler von 3.000 Euro bei der Summenbildung; dieser sei für den Haushaltsplan 2009 korrigiert. Es werden verschiedene Rückfragen der Mitglieder zu verschiedenen Positionen des Haushalts beantwortet. Bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung genehmigen die Mitglieder den Haushaltsplan 2009.

b) Bestellung des Wirtschaftsprüfers 2008

Die erneute Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH für das Geschäftsjahr 2008 erfolgt einstimmig.

11. Verschiedenes

Sylvia Schenk teilt mit, dass in Zukunft die Mitgliederversammlung weiterhin jeweils Ende Juni / Anfang Juli stattfinden solle.

Ralph Wollmann trägt vor, dass die AG Wirtschaft plane, das „ABC der Korruptionsprävention“ zu aktualisieren. Dabei ist daran gedacht, das Wissen der Mitglieder von Transparency Deutschland zu nutzen und das neue „ABC“ mithilfe eines Wiki aufzubauen und ständig weiterzuentwickeln. Ein Wiki ist eine internetbasierte Software wie bei Wikipedia, die die Mitarbeit aller interessierten Mitglieder erlaubt. Als ersten Schritt will Ralph Wollmann untersuchen, wie weit die Mitglieder zur Mitwirkung bereit sind. Dazu wird er in den nächsten Tagen online einen Fragebogen versenden, um dessen Ausfüllung er bittet.

Sylvia Schenk weist auf die internationale Anti-Korruptionskonferenz in Athen hin, die Ende Oktober / Anfang November stattfindet. Wer daran teilnehmen will, möge sich kurzfristig melden.

In einem Schlusswort dankt Sylvia Schenk allen Teilnehmern der Versammlung für ihre Mitwirkung.

Protokollführer

Genehmigt

Dr. Christian Humborg
Geschäftsführer

Dr. Manfred zur Nieden
Vereinsmitglied

Sylvia Schenk
Versammlungsleiterin